

SPD Kreistagsfraktion Lörrach

Frau Landrätin
Marion Dammann
Palmstraße 3
79539 Lörrach

Kreistagsfraktion der SPD:
Fraktionsvorsitzender
Klaus Eberhardt
Dienstlich erreichbar
Kirchplatz 2
79618 Rheinfelden (Baden)
e-mail:
k.eberhardt@rheinfelden-baden.de
Telefon: 07623 95251

Antrag zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.03.2019

Lörrach, 20.03.2019

Sehr geehrte Frau Landrätin Dammann,

die Fraktion der SPD stellt den nachfolgenden Antrag mit der Bitte um zeitnahe Bearbeitung und Behandlung in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung

Spezialisierung in der Jugendhilfe / Sachgebiet Soziale Dienste

- Qualifizierung in der Fachlichkeit von Mitarbeiter/-innen in jedem Team des SD für die Bearbeitung und Begleitung für Kinder und Jugendliche mit erheblichen Beeinträchtigungen in der sozial-emotionalen Entwicklung bzw. mit einer (drohenden) seelischen Behinderung und einer daraus resultierenden Einschränkung an Bildung und in der sozialen Teilhabe im Sinne von §35a SGB VIII.
- Erarbeiten eines Konzeptes vergleichbar der Spezialisierung in der Jugendgerichtshilfe.
- Überarbeitung der Richtlinien in der Gewährung der Hilfen nach §35a SGB VIII im Sinne einer Hilfeplanung, die sich an der Teilhabe einschränkung im Sinne der ICF-CY und dem daraus festzustellenden Unterstützungs- und Hilfebedarf orientiert und nicht beschränkt bleibt auf die Diagnose Autismus nach ICD -10.

Zur Begründung

Im Landkreis Lörrach werden derzeit für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) seelischen Behinderung die Feststellungen der daraus resultierenden Teilhabe einschränkungen und des Anspruchs auf Hilfen nach §35a SGB VIII sowie die Feststellung, Klärung und Beschreibung des individuellen Unterstützungsbedarfs von den jeweils zuständigen Personen des SD geleistet.

Durch den leider oft mehrfachen Wechsel in den jeweils zuständigen Personen des SD in der Fallverantwortung entstehen immer wieder lange Zeitspannen in der Weiterbearbeitung. Die dann zuständigen Mitarbeiter/-innen müssen sich jeweils neu in die oft komplexen Zusammenhänge einarbeiten.

Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen und deren Eltern, die in mehrfacher Hinsicht hohe Belastungen tragen müssen, verstärkt sich dadurch die Problemlage und die Wartezeit, bis bedarfsentsprechende Hilfen möglich werden.

Dies gilt auch für die vorschulischen Einrichtungen und Schulen, die in der Verantwortung für die Bildungsteilhabe für diese Kinder sind.

Eltern und auch die vorschulischen und schulischen Kooperationspartner durchlaufen ein sehr „hoch-schwelliges“ und mehrstufiges Verfahren.

Das Hilfeplanverfahren unter Federführung des SD kann nach einem langen Weg zur kinder- und jugendpsychiatrischen Befundfeststellung und pädagogischen Berichten der Schulen je nach festgestellter Diagnose ohne Hilfezusage z.B. zum Einsatz einer dringend benötigten Assistenzperson enden.

Dies zum Beispiel dann, wenn das Kind zwar einen sehr hohen Hilfebedarf hat, - aber die „falsche“ Diagnose.

Als Alternative für diese Kinder wird häufig die Aufnahme in ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum emotionale und soziale Entwicklung (SBBZ ESENT) empfohlen. Aber selbst bei Bereitschaft der Eltern für diesen Weg kann diese Alternative oft nicht zeitnah umgesetzt werden.

Dies hat zwei Gründe:

1. Es braucht dazu zunächst einen Antrag und dann ein im Auftrag des Schulamtes erfolgreiches Überprüfungs- und Feststellungsverfahren des Sonderpädagogischen Bildungsanspruchs in diesem Bereich.
2. Für die Aufnahme in ein SBBZ ESENT im Landkreis Lörrach gibt es oft lange Wartezeiten, weil Tagesgruppenplätze nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Für die betroffenen Kinder und ihre Eltern ist dies extrem belastend und kann zu einer massiven Verschärfung der Problematik führen.

Wir sehen die Gesamtsituation dieser Kinder und ihrer Eltern/Familien in einem klaren Gegensatz zu unseren erklärten Zielen einer frühzeitig intervenierenden, bedarfsentsprechenden und unterstützenden Jugendhilfe.

Für die Fraktion



Gabriele Weber